

26. September 2024

So reagiert die Politik auf die Sparvorschläge von OB Dirk Hilbert



„Nicht mit Steuergeldern“: Neben viel Zustimmung gab es schon immer auch Kritik an der Wiedereröffnung des Fernsehturmes.

Foto: SZ/Kay Haufe

Um Geld zu sparen, sollen Schwimmhallen und Schulen in Dresden nicht gebaut werden, Steuern und Gebühren hingegen steigen. Auch Fernsehturm und Buga wackeln. Das sind die Reaktionen.

Von Andreas Weller und Dirk Hein

In den vergangenen zehn Jahren sind die Einnahmen Dresdens um 75 Prozent auf über eine Milliarde Euro gewachsen. Dennoch fehlt an allen Ecken und Enden Geld. Das Problem sind die hohen Ausgaben: Vor allem die Personalkosten im Rathaus sind im selben Zeitraum um fast 70 Prozent gestiegen, unter anderem weil 1.000 neue Stellen entstanden sind. Jetzt soll gespart werden – mit teils drastischen Mitteln. Wie die Stadtpolitiker auf Oberbürgermeister Dirk Hilberts (FDP) Sparkurs reagieren.

Welche Einschnitte plant der Oberbürgermeister?

OB Dirk Hilbert (FDP) will in fast allen Bereichen sparen. Die Kita-Gebühren sollen

auf den gesetzlichen Höchstwert angehoben werden. 22,3 Millionen Euro würden so mehr eingenommen. Zusätzlich fünf Millionen Euro pro Jahr sollen über weiter steigende Parkgebühren erwirtschaftet werden.

Beim Personal im Rathaus will der OB zwar nicht den Rotstift ansetzen, neue Stellen sind aber tabu. Auch in der Kultur und im Sozialen soll gespart werden. Denkbar ist zum Beispiel, dass TJG und Staatsoperette Teile ihrer Verwaltung zusammenlegen und so sparen.

Um den ersten finanziellen Grundstock für die Finanzierung einer neuen Carola-Brücke zu schaffen, soll auf die weitere Sanierung der Robotron-Kantine über das bisher Beschlossene hinaus verzichtet werden. Darüber hinaus soll Dresden auf drei Schwimmhallen verzichten: Das Elbamare soll ab März 2025 nicht weiter angemietet werden, der Neubau der Schwimmhalle in Klotzsche und des neuen Sachsenbads sollen verschoben werden.

Dresden will die Stadtkasse 2025 und 2029 so mit einer „schwarzen Null“ abschließen. In den Jahren dazwischen werden jedoch zwischen 144 und 185 Millionen Euro Verlust angehäuft. Hilbert beziffert das weitere Risiko auf eine zusätzliche halbe Milliarde Euro.

Wie viel Rückhalt hat der OB mit seinem Sparplan?

Echte Zustimmung zum Plan des OBs gibt es kaum. Die Linke agiert zumindest auf zwei Ebenen. Fraktionschef André Schollbach kritisiert Hilbert wie gewohnt scharf. „Einerseits ist Geld für Luxusprojekte da, wie etwa eine Million Euro für einen neuen Springbrunnen vor dem Verwaltungszentrum oder für rauschende Partys des Oberbürgermeisters. Auf der anderen Seite werden die Bürger erheblich belastet und viele wichtige Aufgaben gestrichen.“ Der Stadtrat werde korrigierend eingreifen müssen.

Der Finanzexperte der Fraktion, Tilo Kießling, steht zumindest hinter dem bisherigen Kurs der Stadt, wie beim Heinz-Steyer-Stadion und beim Verwaltungszentrum Investitionen über Kredite abseits des Kernhaushaltes zu bezahlen. „Wir sollten über Grundsätzliches reden. Können wir weitere Infrastruktur über Kredite finanzieren und so erreichen, dass Leistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht gestrichen werden müssen?“

Teilweise Zustimmung kommt von der SPD. Dass für den notwendigen Brückenersatz jetzt Investitionen in Fernsehturm und Robotron-Kantine zurückgestellt werden müssen, ist laut SPD-Fraktionschefin Dana Frohwieser der richtige Weg.

Wer lehnt die Pläne ab?

SPD-Fraktionschefin Frohwieser kritisiert den OB gleichzeitig, weil viele der

Kürzungen bereits vor dem Teileinsturz der Carolabrücke geplant waren. „Das hat keinen Willen zur Ausgewogenheit erkennen lassen. Das geht besser.“ Der Stadtrat und die Öffentlichkeit würden die Details des Haushaltsentwurfs zu spät bekommen. „Diskutiert wird über die Pressemeldungen von den Betroffenen aber jetzt schon heftig, hier ist der Oberbürgermeister in der Pflicht, einen Flächenbrand zu verhindern.“ Das zeige, es müsse schnell verhandelt werden. „Eine monatelange Hängepartie ohne Haushaltsbeschluss wird unsinnig viel Porzellan in unserer Stadt zerschlagen.“

AfD-Finanzexperte Bernd Lommel will auf eine Sanierung der Robotron-Kantine komplett verzichten: „Da kann die Planierdrause drüber.“ Die Buga könne in Teilen reduziert werden, müsse aber vor allem die benachteiligten Dresdner Stadtteile aufwerten. Eine Aussage zum Fernsehturm sei noch zu früh. „Das Herz sagt eher: weitermachen.“ Lommel blickt stattdessen zu den Technischen Werken, also unter anderem zum Versorger Sachsen-Energie. „Ein sehr wertvolles Unternehmen. Es kann sehr gut möglich sein, dass wir einen Haushalt aufstellen können, ohne den Bürgern in die Taschen zu greifen.“ Durch Teilverkäufe oder Umschichtungen könnten unter Umständen Millionen erwirtschaftet werden.

Wer kritisiert die Stadtspitze außerdem?

„OB Hilbert kommt scheibchenweise mit seiner ‚Liste der Grausamkeiten‘, an der wir uns abarbeiten sollen“, kritisiert der finanzpolitische Sprecher der CDU, Peter Krüger. Man werde aber nicht auf den OB „reinfallen“, sondern den Haushalt erst in seiner Gesamtheit bewerten, der jedoch erst im November vorliegen wird. Krüger sieht die drohende Gefahr, dass ein Verschieben der Fernsehturm-Sanierung das Aus für eine Wiedereröffnung bedeuten würde. „Das Thema ist dann tot.“

Sinnvolle Verhandlungen seien noch nicht möglich, sagt Grünen-Fraktionschefin Agnes Schartnetzky. „Wir brauchen den kompletten Haushalt, nicht diese einzelnen Punkte. Zudem erwarte ich, dass der Oberbürgermeister sich um eine konstruktive Zusammenarbeit mit den demokratischen Fraktionen bemüht. Bei allem Spardruck brauchen wir einen ausgewogenen Haushalt.“

Ähnlich sieht es auch das BSW im Stadtrat. „Was wir mitgeteilt bekommen haben, ist zu wenig fundiert, um sich seriös zu positionieren“, sagt Fraktionschef Ralf Böhme. „Erst mit dem Gesamthaushalt können wir bewerten, wo Einsparungen möglich sind.“

Kritik am OB kommt auch von einstigen Unterstützern. „Seit Monaten streitet sich die Verwaltung intern, wie die zu großen Teilen selbst verursachte Finanzkrise zu lösen ist. Im Ergebnis kann ein Beschluss des Haushaltes frühestens im Februar 2025 erfolgen. Das ist ein Offenbarungseid, der belegt, dass es falsch war, dass Finanzressort nicht mit einem eigenen Bürgermeister zu besetzen und stattdessen

dem Oberbürgermeister zu geben“, sagt Holger Zastrow (Team Zastrow). Seine Fraktion fordert: Erhalt und Sanierung der vorhandenen Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Fernsehturm, Kindergärten, Schulen oder Sportstätten, statt immer neuer kostspieliger Luxusprojekte. Gebührenerhöhungen lehnt die Fraktion ab.

Was droht, wenn es keine Einigung gibt?

Frühestens am 12. Februar wird der Haushalt, den OB Hilbert in Gänze ohnehin erst am 21. November in den Rat einbringen kann, beschlossen. Doch dafür sind mehrere Sondersitzungen und der grundsätzliche Wille notwendig, sich zu einigen. Bis Februar gilt daher ohnehin eine vorläufige Haushaltsführung. Dann dürfen nur Leistungen erbracht werden, zu denen Dresden rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Pro Monat würden freie Träger lediglich ein Zwölftes des Budgets erhalten. Die Macht des OBs würde so eher wachsen.

Hilbert hat zudem die Sanierung der Hamburger Straße an die Erhöhung der Parkgebühren gekoppelt. „Kommt diese Erhöhung nicht, bleibt die Straße eben, wie sie ist.“ Kommentar